

DOKUMENTATION

ELTERN

KONFERENZ

OSNABRÜCK



**Eltern gestalten mit:
Für Familien in Osnabrück**

Ergebnisse der ersten Elternkonferenz in Osnabrück

Veranstaltet von dem Projekt E-DIT Plus Elternkonferenzen für demokratische Integration und Teilhabe, getragen vom Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung und Teilhabe

Am 21. August 2026 kamen Eltern, Fachkräfte, Vertreter*innen aus Bildung, Beratung, Politik und Verwaltung und Zivilgesellschaft in der Lagerhalle Osnabrück zusammen. Die Elternkonferenz bot Raum für Erfahrungen aus dem Familienalltag und für konkrete Vorschläge zur Verbesserung von Beratung, Bildung und Beteiligung.

Tom Herter führte als Moderator durch den Tag. Ein Auftakt bildeten Grußworte und Interviews mit Osnabrücks Oberbürgermeisterin Katharina Pötter, Stefanie Heine vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, Anja Treichel vom Bundeselternnetzwerk und Mustafa Yalcinkaya vom Niedersächsischen Kultusministerium. Münevver Bazan, Koordinatorin von E-DIT Plus in Bremen stellte einige Erfolge aus dem Projekt in den letzten zwei Jahren vor.

Mariam Hendawi, Projektkoordinatorin beim MigrantenElternNetzwerk Niedersachsen von amfn e. V., sprach in ihrem Impuls „Was Eltern leisten, was Eltern bewegen“ über die tägliche Leistung von Eltern, stellte die Arbeit des MigrantenElternNetzwerks vor und zeigte, warum Beteiligung von Eltern in Kitas, Schulen und kommunalen Strukturen notwendig ist.



Belastungen im Familienalltag

In den Gesprächsrunden berichteten Eltern von Herausforderungen im Familienalltag: Schwierigkeiten mit Behörden, fehlende Kinderbetreuung, finanzielle Belastungen, knapper Wohnraum und Unsicherheiten im Bildungssystem verstärken sich häufig gegenseitig.

Viele migrantische Eltern möchten Deutsch lernen, können bestehende Kurse aber nicht regelmäßig besuchen, unter anderem auf Grund von fehlender Kinderbetreuung, Schwangerschaft, Krankheit und Sorgearbeit. Benötigt werden Sprachlernangebote, die sich mit dem Familienalltag vereinbaren lassen und an vertrauten Orten stattfinden, etwa in Grundschulen, Familienzentren oder Stadtteileinrichtungen.

Auch die Suche nach Unterstützung kostet viele Familien Zeit und Kraft. Beratungsangebote sind nicht immer bekannt, Zuständigkeiten bleiben unklar und Anträge sind schwer verständlich. Das betrifft beispielsweise Wohngeld sowie Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Die Eltern wünschen sich Informationen, die verständlich, mehrsprachig und über persönliche Ansprechpersonen vermittelt werden.



Eltern berichteten von Unsicherheiten beim Übergang auf eine weiterführende Schule und von fehlender Beratung zu Bildungswegen. Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf erhalten nach ihrer Erfahrung nicht immer die Hilfe, die ihnen zusteht.

Gefordert wurden:

- mehr Schulsozialarbeit, auch an Grundschulen;
- vergleichbare Unterstützungsangebote in Kitas;
- eine verlässliche und diskriminierungssensible Schullaufbahnberatung;
- die konsequente Umsetzung von Nachteilsausgleichen;
- ein besserer Umgang mit Neurodiversität;
- Familienbildung, Elternbildung und Angebote zur Medienkompetenz;
- Unterstützung bei Mobbing und Konflikten;
- verständliche Informationen über Elternvertretungen und andere Beteiligungsmöglichkeiten;
- Elternvertretungen müssen sich aktiv öffnen.

Inklusive Zusammenarbeit mit Eltern sollte nicht als freiwillige Zusatzaufgabe einzelner Lehrkräfte behandelt werden. Sie gehört zum Bildungsauftrag von Schulen und Kitas. Dafür brauchen die Einrichtungen ausreichend Zeit, Personal und geeignete Kommunikationswege.



Erfahrungen mit Vorurteilen und Rassismus

In den Gesprächen kamen auch Diskriminierungserfahrungen zur Sprache. Eltern berichteten von Vorurteilen und davon, dass ihre Einschätzungen in Schulen nicht immer ernst genommen werden. Manche fühlten sich bei Gesprächen über ihre Kinder nicht als gleichberechtigte Partner*innen wahrgenommen.

Die Teilnehmenden erwarten von Schulen und anderen Einrichtungen einen diskriminierungssensiblen Umgang mit Konflikten. Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte sollten unterschiedliche Familiengeschichten mehr berücksichtigen und Eltern nicht auf Sprachkenntnisse oder Herkunft reduzieren.

Ebenso wichtig ist, dass sich die Vielfalt der Familien im Personal und in den Gremien der Einrichtungen wiederfindet.

Was Vertrauen schafft

Die Gesprächsrunde „Familienalltag heute: Herausforderungen für Eltern“ wurde von Wiebke Mai-Zalfen moderiert. Sie leitet den Familientreff Süd der Evangelischen Familien-Bildungsstätte Osnabrück.

Sabrina Zourelidis, Vorstandsmitglied von amfn e. V. und Projektleiterin des MigrantenElternNetzwerks Niedersachsen, moderierte die Runde zur möglichen Gründung eines Elternnetzwerks in Osnabrück.

Aus beiden Runden ging hervor, dass Vertrauen vor allem durch persönliche Kontakte und Verlässlichkeit entsteht. Familien brauchen Ansprechpersonen, die erreichbar bleiben, Zuständigkeiten erklären und sie bei Bedarf zu passenden Stellen begleiten. Häufig wechselnde Kontakte und kurzfristig finanzierte Projekte erschweren diesen Beziehungsaufbau.

Ein Angebot ist nicht allein deshalb zugänglich, weil es existiert. Eltern müssen davon erfahren, es verstehen, erreichen und ohne hohe Hürden nutzen können. Aufsuchende Arbeit in Schulen, Kitas, Familienzentren und Stadtteilen spielt dabei eine wichtige Rolle.

Forderungen der Teilnehmenden

Die Ergebnisse der Gesprächsrunden und Austauschische lassen sich in sieben zentrale Forderungen zusammenfassen:

1. Informationen müssen verständlich, mehrsprachig und aktiv an Familien weitergegeben werden.
2. Familien brauchen feste Ansprechpersonen und Lots*innen, die sie durch das Beratungs-, Bildungs- und Behördensystem begleiten.
3. Beratung, Sprachförderung und Begegnungsangebote müssen wohnortnah und mit Kinderbetreuung angeboten werden.
4. Schulen und Kitas müssen Eltern frühzeitig informieren und an Entscheidungen beteiligen.
5. Schulsozialarbeit, Familienberatung und Bildungsangebote brauchen eine dauerhafte Finanzierung.
6. Die Teilhabe von Kindern darf nicht vom Einkommen ihrer Eltern abhängen. Gefordert wurden unter anderem ein leichter Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket, kostenloses Mittagessen, bezahlbare Betreuungs-, Sport- und Freizeitangebote sowie mehr Schwimmkurse.
7. Eltern müssen bereits bei der Planung neuer Angebote beteiligt werden. Eine Befragung am Ende eines fertigen Prozesses reicht nicht aus.

Ein Elternnetzwerk für Osnabrück

Viele Teilnehmende befürworteten eine feste Anlaufstelle für Eltern mit Migrationsgeschichte. Ein solches Netzwerk könnte über das Bildungssystem informieren, Eltern beraten und den Kontakt zu Schulen, Kitas, Verwaltung und Politik erleichtern und die Interessen der Eltern effektiv vertreten.

Als mögliche Aufgaben wurden genannt:

- mehrsprachige Beratung;
- Schullaufbahnberatung;
- Workshops zu Erziehungs- und Bildungsfragen;
- Unterstützung bei Mobbing und schulischen Konflikten;
- Informationen über Elternvertretungen;
- Austausch zwischen Eltern;
- Vernetzung vorhandener Vereine, Initiativen und Familienzentren;
- gebündelte Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung.

Die Erfahrungen des MigrantenElternNetzwerks (MEN) Niedersachsen, die Mariam Hendawi und Sabrina Zourelidis einbrachten, zeigen, wie Elternnetzwerke arbeiten können: Sie vermitteln Wissen, schaffen Kontakte, unterstützen Eltern bei ihrem Engagement und tragen ihre Anliegen an Entscheidungsträger*innen heran.

Für Osnabrück wurde festgehalten, dass eine solche Struktur nicht dauerhaft allein vom Ehrenamt getragen werden kann. Engagierte Eltern könnten eine Steuerungsgruppe bilden. Für Koordination, Beratung und kontinuierliche Netzwerkarbeit wäre jedoch hauptamtliche Unterstützung erforderlich.

Gemeinsame Anliegen

Viele angesprochene Probleme betreffen nicht nur Eltern mit Migrationsgeschichte. Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, fehlende Informationen, finanzielle Belastungen, soziale Isolation und Unsicherheiten im Bildungssystem erleben Familien mit sehr unterschiedlichen Lebensgeschichten.

Ein künftiges Netzwerk sollte deshalb sowohl besondere Benachteiligungen berücksichtigen als auch gemeinsame Interessen aufgreifen. Gewünscht wurden Orte, an denen Familien einander begegnen, Erfahrungen austauschen und Vorhaben gemeinsam entwickeln können.



Wie geht es weiter?

Die Elternkonferenz war kein Abschluss. Die Ergebnisse sollen an Schulen, Kitas, Beratungsstellen, Verwaltung und Politik weitergegeben werden.

Der Aufbau eines Elternnetzwerks, die bessere Vernetzung vorhandener Angebote und die Gewinnung engagierter Eltern sind nächste Schritte. Das Projekt bietet Unterstützung für die Organisation von weiteren Treffen und eigenen Ideen an. Melden Sie sich gerne bei uns **e-dit@bundeselternnetzwerk.de** oder der ehrenamtlichen Koordinatorin vor Ort Harriet Odera: **harriet.odera@bundeselternnetzwerk.de**.

Die Konferenz hat gezeigt, dass Eltern bereit sind, sich einzubringen und gehört werden wollen. Dafür benötigen sie verlässliche Zugänge, Zeit, verständliche Informationen und die Gewissheit, dass ihre Beteiligung tatsächlich etwas bewirkt.



Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



**In Kooperation mit MigraNetz
Thüringen e.V. und Yekmal e.V.**

